

Unsere Forderungen

Für Klimagerechtigkeit



**Fridays For Future
Berlin**



Vorwort

Der menschengemachte Klimawandel ist schon lange keine düstere Zukunftsvorstellung mehr, sondern bittere Realität. Die Folgen der vom Menschen verursachten Klimakrise, wie die Häufung extremer Wetterereignisse, Wüstenbildung und Artensterben, stellen bereits heute eine reale Bedrohung für weite Teile der Erde und insbesondere für den globalen Süden dar¹. Bis 2019 hat sich die Erde laut dem Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um circa ein Grad Celsius erwärmt² – und dieser Prozess beschleunigt sich weiter. Auch in Deutschland wird die Klimakrise durch Dürren und Hitzesommer spürbar, die Jahr für Jahr schlimmer werden und Ernteaufschläge und Waldbrände zur Folge haben. Millionen von Menschen sind und werden aufgrund der Auswirkungen der Klimakrise gezwungen, ihre Heimat zu verlassen³. Die Folgen der Klimakrise werden, zeitlich versetzt und unterschiedlich stark, letztendlich alle Menschen betreffen. Wenn die Menschheit weiterhin auf Kosten der folgenden Generationen lebt und nicht schnellstmöglich die CO₂-Emissionen reduziert, wird die Erde Jahr für Jahr etwas unbewohnbarer.

Es ist dabei nicht egal, wie stark sich die Erde erwärmt. Die Wahrscheinlichkeit, dass sogenannte Kipppunkte überschritten werden und damit Kettenreaktionen in Gang gesetzt werden, welche die Erderwärmung drastisch und unumkehrbar beschleunigen, ist bei einer globalen Erwärmung von 1,5 Grad Celsius geringer als bei 2 Grad oder mehr⁴. Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens haben sich fast alle Staaten völkerrechtlich verpflichtet, dazu beizutragen, die globale Erwärmung auf möglichst 1,5 Grad zu begrenzen – so auch Deutschland und damit Berlin. Die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise zu ergreifen, nimmt Städte im besonderen Maße in die Verantwortung, denn sie sind weltweit für ca. 71% der energiebedingten Treibhausgasemissionen verantwortlich⁵. Zudem stammt der größte Anteil der weltweiten CO₂-Emissionen von den Industrienationen des globalen Nordens⁶, währenddessen die Auswirkungen im globalen Süden am stärksten spürbar sind. Daher trifft Berlin eine besondere Verantwortung, die eigenen Treibhausgasemissionen drastisch zu reduzieren. Berlin muss auch schneller zur Klimaneutralität Deutschlands beitragen als strukturell schwächere Gebiete, die auf diesem Weg mit mehr Hindernissen konfrontiert sind.

Wir müssen sofort anfangen, Berlin klimaneutral umzugestalten. Das heißt, dass kein städtischer Sektor mehr emittieren darf, als von der Stadt kompensiert werden kann.

Dieser Transformationsprozess muss sofort beginnen, denn unser Handlungsspielraum wird von Tag zu Tag kleiner.

Klimaneutral zu leben ist im heutigen Rahmen von Politik und Gesellschaft nicht möglich. Das muss sich ändern. Deshalb rufen wir Berlin mit diesen Forderungen dazu auf, alles zu tun, um die schlimmsten Folgen der Klimakrise zu verhindern.

Dafür muss die Einhaltung der 1,5-Grad-Grenze Ziel jeder Verwaltung und des politischen Handelns auf kommunaler, Landes-, Bundes- und Europaebene sein. Sollten die aktuellen Strukturen dem im Wege stehen, müssen sie verändert werden. Ein nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten muss Teil unserer Gesellschaft, unserer Kultur und unseres Wirtschaftens werden. Für alle Akteur:innen, insbesondere der Politik, darf kurzfristiger wirtschaftlicher Erfolg niemals über Umwelt- und Klimaschutz stehen. Im Gegenteil, Klimaschutz muss bei jeglichen Überlegungen oberste Priorität haben. Um wirklich zukunftsorientiert Politik zu machen, müssen wir aufhören, an die Illusion des unendlichen Wachstums zu glauben.

Wir fordern, dass alle nötigen Umgestaltungsprozesse sozialverträglich und gerecht gestaltet werden. Der Wandel hin zu einer klimagerechten Zukunft muss gesamtgesellschaftlich passieren, jeden Lebensbereich mit einschließen und darf niemanden ausschließen. Außerdem muss er transparent und in hohem Maße partizipativ gestaltet werden. Es ist die Aufgabe der Berliner Landesregierung sowie der Bezirke, die dafür entsprechenden Maßnahmen, Pläne und Gesetze zu formulieren und diese umzusetzen.

Als überparteiliche Bewegung sprechen wir hiermit jede Partei und jede:n Vertreter:in einer Partei sowie parteilose Abgeordnete an, die Klimakrise in ihrer Bedrohung und Auswirkung endlich ernst zu nehmen und dementsprechend zu handeln.

Wir rufen die gesamte Berliner Zivilgesellschaft dazu auf, den Druck auf diese Organe dahingehend zu erhöhen und sich uns in dieser Sache anzuschließen.

Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Forderungen</u>	5
<u>Bildung für eine Klimagerechte Gesellschaft</u>	6
<u>100 % erneuerbare Energieversorgung bis 2030</u>	11
<u>Mobilitätswende für alle bis 2030</u>	15
<u>Klimaangepasstes Berlin bis 2030</u>	19
<u>Klimaschutz in allen Verwaltungsstrukturen Berlins</u>	22
<u>Kreislaufwirtschaft für einen nachhaltigen Ressourcenumgang</u>	26
<u>Schlusswort</u>	29
<u>Literaturverzeichnis</u>	30

Forderungen

20% Klimagerechtigkeitsbezug im Unterricht ab dem Schuljahr 2021/22

100 % erneuerbare Strom- und Wärmeversorgung bis 2030

Autofreier S-Bahnring bis 2025 - Autofreies Berlin bis 2030

Klimaangepasstes Berlin bis 2030

Klimaschutz in allen Verwaltungsstrukturen

Kreislaufwirtschaft für einen nachhaltigen Ressourcenumgang

Bildung für eine klimagerechte Gesellschaft



1. Klimagerechtigkeit als Teil jedes Schulfachs

Die Themen Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit müssen 20% jedes Unterrichtsfachs ab dem Schuljahr 2021/22 ausmachen. Die Klimakrise betrifft jeden Bereich unseres Lebens, es ist also in jedem Fach eine Thematisierung möglich und nötig. Das kann in Form von kompakten Projektwochen geschehen oder einer klaren und nachweisbaren Verankerung im Lehrplan.

Außerdem muss die Behandlung des Themas interdisziplinär und von möglichst vielen Perspektiven geschehen. Dies beinhaltet zudem, Hintergründe und Verschränkungen

mit anderen Ungerechtigkeiten wie Rassismus, Klassismus, Kolonialismus und Sexismus usw. zu betrachten.

Jede Schule soll dabei aushandeln, wie die Vorgabe von 20% umgesetzt werden kann. Wenn diese Vorgabe aufgrund des inhaltlichen Charakters eines Faches, wie beispielsweise Mathematik, nicht zu erreichen ist, kann dies durch eine zeitliche Aufstockung in einem anderen Fach ausgeglichen werden.

2. Klimagerechtigkeit als Inhalt verpflichtender

Fortbildungen für Leitungs- und Lehrkräfte

Damit die Rahmenbedingungen für die fächerübergreifende Aufklärung geschaffen und Lehrkräfte umfangreich dabei unterstützt werden, fordern wir Fortbildungen über die Klimakrise und Nachhaltigkeit für Lehrkräfte und in der Erziehung tätigen Personen des Landes Berlin. Das Programm der Fortbildungen muss standardisiert sein und auf dem klimawissenschaftlichen Konsens beruhen.

Zudem muss es vielfältig und themenübergreifend gestaltet sein, um die Interessen von möglichst Vielen anzusprechen. Der Besuch von mindestens zwei Veranstaltungen im Jahr muss verpflichtend sein. Schul- und Kindertagesstättenleitende sind aufgrund ihrer größeren Verantwortung und ihres stärkeren Einflusses dazu verpflichtet, zusätzlich zweimal im Jahr an umfangreicheren Weiterbildungen zu dem Thema teilzunehmen.

3. Keine Repressionen wegen politischer Beteiligung

Mit der Teilnahme an einer Fridays for Future-Demonstration nehmen die Schüler:innen ihre Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit wahr. Politisches Engagement durch die Teilnahme an Demonstrationen (oder der Organisation dieser) ist eine Form der demokratischen Beteiligung, und für junge Menschen oft eine der wenigen Möglichkeiten, ihrer Meinung und ihrem Protest Gehör zu verschaffen. Daher fordern wir, die Repressionen aufgrund der Teilnahme an Fridays for Future-Demonstrationen in Form von schlechten

Benotungen, Nichtversetzungen, Schulversäumnisanzeigen oder Ähnlichem sofort zu beenden. Wir fordern die Anerkennung der demokratischen und persönlichen Bildung, die mit der Beteiligung an Demonstrationen einhergeht. Exkursionen zu den globalen Klimastreiks sollen im Lehrprogramm jeder Schule verankert werden. Denn es gehört zum Bildungsauftrag jeder Schule, den Schüler:innen Wege aufzuzeigen, wie sie ihr Umfeld mitgestalten können⁷.



4. Einführung des Freiwilligen Klimajahres (FKJ)

Das FKJ soll jungen Menschen die Möglichkeit geben, mehr über Klimagerechtigkeit zu erfahren. Außerdem sollen sie dazu inspiriert und befähigt werden, an Lösungsansätzen für die Klimakrise zu arbeiten. Das FKJ soll zum Beispiel in nachhaltigen Betrieben (ökologisches Bauen, energetische Sanierung, Installation von erneuerbaren Energien, ÖPNV usw.) oder gemeinwohlorientierten Einrichtungen angeboten werden. Ein freiwilliges Jahr können sich oft nur

wenige junge Menschen leisten. Das Klimajahr muss daher angemessen bezahlt werden, wenigstens mit Mindestlohn. Außerdem sollen FKJler:innen Anrechte auf Wohngeld und Fahrtkostenvergünstigungen erhalten. Das FKJ sowie andere Freiwilligendienste dürfen nicht mehr als 30 Wochenstunden betragen.



5. Kostenlose ökologische Weiterbildungen und Projektwochen zu Klimaanpassung in Ausbildungsberufen

So wie in den allgemeinbildenden Schulen sollen auch an den Berufsschulen Projektwochen stattfinden. Da Auszubildende auch Zeit im Betrieb verbringen und somit verhältnismäßig weniger Unterrichtszeit haben, fordern wir zwei Projektwochen im Jahr für Auszubildende. Die Projektwochen sollen sich mit den Themen Nachhaltigkeit und Klimaanpassung beschäftigen und Auszubildenden aufzeigen, wie sie ihr Berufsfeld nachhaltiger gestalten können. Sie sollen dabei unterstützt werden, an Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen in ihrem Berufsfeld zu arbeiten. Zusätzlich müssen die ökologischen Weiterbildungen, die momentan mit hohen Kosten verbunden sind,

kostenlos werden. Viele Auszubildende lernen Berufe, die systemrelevant sind oder es sein sollten. Damit mehr Menschen eine Ausbildung in diesen Berufen machen, braucht es gesellschaftliche Wertschätzung und eine angemessene Bezahlung. Wir sind auf jede einzelne Person, die hilft, unsere Gesellschaft klimaneutral zu gestalten, angewiesen! Das bedeutet, dass keine junge Person ohne Ausbildungsplatz bleiben soll. Deshalb fordern wir die Einrichtung eines Programms für Schulabbrecher:innen und Menschen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, welches sie auf eine Ausbildung im Klimaanpassungsbereich vorbereitet.

6. Ein verpflichtendes Studium Klimagerechtigkeit

Wir fordern, dass Studierende im Bachelor 30 Leistungspunkte zum Thema Klima absolvieren.

15 Leistungspunkte sollen dabei überfachlich belegt werden, denn die Klimakrise muss interdisziplinär bekämpft werden. Da jedes Fach zur Bewältigung der Klimakrise beitragen kann, sollen die weiteren 15 Leistungspunkte im eigenen Fach belegt werden.

Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sowie Fragestellungen rund um das Thema Klimagerechtigkeit müssen in allen Bachelor-Studiengängen präsent sein. Das Studium Klimagerechtigkeit

soll sich ebenfalls mit Ethik in der Wissenschaft befassen und auf Konzepten der Bildung für nachhaltige Entwicklung aufbauen. Um dieses verpflichtende Studium zu ermöglichen, braucht es einen drastischen Ausbau von interdisziplinären Nachhaltigkeitskursen. Dieser könnte dadurch erreicht werden, dass Professor:innen im Berufungsprozess ein interdisziplinäres Lehrkonzept einreichen müssen, welches im Falle einer Berufung gemeinsam mit Kolleg:innen anderer Fachbereiche umgesetzt wird.

7. Jede Universität und Hochschule muss sich eine Nachhaltigkeitsstrategie erstellen

Wir sehen die Universitäten und Hochschulen in der Pflicht, dazu beizutragen, dass Berlin bis spätestens 2030 klimaneutral ist.

Neben der Forschung zu Klimagerechtigkeit, sowie Klimaschutz- und Klimaanpassungstechnologien bedeutet das auch, dass die Strukturen, Tätigkeiten und Gebäude schnellstmöglichst klimaneutral werden. Da die Hochschulen und Universitäten Vorbildcharakter haben, müssen sie sich das Ziel setzen, bis deutlich vor 2030 klimaneutral zu sein. Die Nachhaltigkeitsstrategie muss ausreichend finanziert werden und unter Einbeziehung aller

Statusgruppen erfolgen. Die Erarbeitung muss im Wintersemester 20/21 beginnen, um die Strategie bis zum Sommersemester 2022 eingeführt zu haben. Zudem muss sie nach der Einführung regelmäßig überprüft und weiterentwickelt werden. Der klare Fahrplan für eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie in allen Handlungsfeldern der Berliner Hochschulen (Governance, Betrieb, Forschung, Lehre, Transfer/ Kommunikation) muss sich in der anstehenden Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes (BerlHG) sowie in den Hochschulverträgen abbilden.

8. Finanzielle Unterstützung des Engagement gegen die Klimakrise von Studierenden und Auszubildenden

Wir fordern, dass Studierende und Auszubildende bei der selbstständigen Erarbeitung von Lösungsansätzen gegen die Klimakrise unterstützt werden. Das bedeutet, dass Studierenden und Auszubildenden Räumlichkeiten und

finanzielle Hilfe zur Verfügung gestellt werden. Damit sich alle Studierenden ein solches Engagement leisten können, muss das Engagement Grund für eine BAföG-Verlängerung sein.

9. Sieben Klimatage im Jahr für alle

Ein Großteil der heute handlungsfähigen Bevölkerung besucht nicht mehr die (Berufs-)Schule oder Universität. Deshalb sollen für alle berufstätigen Menschen fünf Tage im Jahr eingeführt werden, an denen sie von der Arbeit freigestellt werden, um Weiterbildungen zu den Themen

Nachhaltigkeit und Klimaanpassung und -gerechtigkeit zu besuchen. Die Weiterbildungen können, in Einklang mit festgelegten Standards, von Volkshochschulen oder geprüften Stellen durchgeführt werden.

10. Niedrigschwellige Informationen für eine klimagerechte Gesamtgesellschaft

Wir brauchen transparente und offene Kommunikationsstrukturen, um der Klimakrise entgegenzuwirken. Da wir den gesellschaftlichen Wandel in allen Lebensbereichen nur gemeinsam schaffen, müssen alle Menschen die Notwendigkeit drastischer Maßnahmen verstehen und über Beteiligungsmöglichkeiten aufgeklärt werden. Dabei ist zu beachten, dass Informationen allgemein verständlich präsentiert werden und es Allen ermöglicht wird, sich mit Lösungsansätzen zu beschäftigen. Die Informationen müssen daher auch in mehreren Sprachen zugänglich

gemacht werden (mindestens auf englisch, türkisch, arabisch, deutsch und polnisch). Im ersten Schritt fordern wir viermal im Jahr sich aktualisierende Informationskampagnen auf 25 % der aktuellen Werbeflächen. Langfristig soll es in Berlin keine privaten Werbe-, sondern nur noch Informationsflächen geben. Die ehemaligen Werbeflächen sollen Bildungseinrichtungen wie Schulen, Universitäten und Berufsschulen zur Verfügung stehen, die für die Gestaltung der Informationstafeln verantwortlich sind.

100 % erneuerbare Energieversorgung bis 2030



1. Energiereduktion und Energieeffizienz müssen hohe Priorität haben

Die Energiewende ist nur möglich, wenn es in allen Sektoren (Industrie, Handel, Verkehr, Gebäude, Infrastruktur und private Haushalte) zu enormen Einsparungen des Energiebedarfs kommt.

Dazu braucht es politische Regelungen und ein neues Bewusstsein für den Umgang mit Energie.

Die gesamte Berliner Bevölkerung muss über die dringend notwendige Energieeinsparung vollständig aufgeklärt und dabei unterstützt werden, sie zu realisieren. Damit Unternehmen bis 2030 klimaneutral wirtschaften, müssen Fahrpläne vorgelegt werden, wie sie stufenweise Energie sowie CO₂-Emissionen einsparen werden. Dabei sollen sie mit Förderungsprogrammen unterstützt werden.

Privathaushalte und Unternehmen

müssen durch jährliche, kostenlose Energieberatungen effizienter werden. Die Energieberatung muss dabei so ausgelegt sein, dass unabhängig von Geschlecht oder sozio-ökonomischem Hintergrund alle Menschen angesprochen werden.

Der Berliner Senat muss die Grundlage dafür schaffen, dass die schwankende Verfügbarkeit von Wind- und Sonnenenergie ausgeglichen wird. Das bedeutet, dass zum Beispiel Haushaltsgeräte und Ladestationen für elektrische Sharing-Fahrzeuge vor allem Strom verbrauchen, wenn erneuerbare Energie zur Verfügung steht. Intelligente und sektorübergreifende Maßnahmen müssen vorgeschrieben, die engere Zusammenarbeit zwischen Erzeuger:innen und Verbraucher:innen unterstützt werden.

2. Konsequenter Ausbau erneuerbarer Energieversorgung

Wir fordern eine Solarpflicht für alle Neubauten sowie öffentlichen Gebäude. Findet beim Bestand eine Sanierung statt, muss immer eine Solaranlage installiert werden. Jedes Neubauprojekt sowie Bebauungspläne der Bezirke müssen danach ausgerichtet werden, alle möglichen Dach- und Fassaden- und Verkehrsflächen für erneuerbare Energieerzeugung zu bestücken. Mieter:innen müssen bei der Installation von Balkonphotovoltaikanlagen gefördert werden. Ziel ist es, dass Miet- und Wohnhäuser ihren benötigten Energiebedarf selbst produzieren oder unter Nachbar:innen teilen. Um erneuerbare Energien auszubauen, braucht es einen Entwicklungs- und Risikofonds. Alle Hochhäuser Berlins ab anfangs 35 Metern Höhe⁸ müssen alle 4 Jahre eine Potentialanalyse für Kleinwindenergieanlagen⁹ mit dem Land Berlin erarbeiten. Auf dessen Basis sollen ab einem definierten Potential die Eigentümer:innen verpflichtet werden, beispielsweise vertikale Windrotoren oder

Kleinwindkraftanlagen zu installieren und Energie zu erzeugen. Dies muss 2025 auf alle geeigneten Gebäude für die Nutzung von Kleinwindkraftanlagen ausgeweitet werden. Durch eine öffentliche Förderung in Form von Einspeisevergütung, Steuerkrediten oder direkten Fördergeldern soll der Anteil der Kleinwindkraft an der Stromproduktion bis 2030 maximal ausgebaut werden. Für alle neuen Genehmigungen und Bebauungspläne müssen bei großen Gebäuden und Fassadenstrukturen die Windströmungen und deren Windkraftnutzung in das Energiekonzept integriert und vorgeschrieben werden. Außerdem müssen sich Brandenburg und Berlin als gemeinsame, solidarische, einheitliche und erneuerbare Energieregion aufstellen. Wir fordern eine sektor- und länderübergreifende Zusammenarbeit für erneuerbare Energieerzeugung, Speicherung, Transport und Nutzung.



3. 100 % erneuerbare Wärmeversorgung in ganz Berlin bis 2030

Die Berliner Wärmenetze müssen bis 2030 frei von fossilen Energieträgern sein und dahingehend um- und ausgebaut werden. Wärme wird in Berlin zu zwei Dritteln¹⁰ dezentral durch fossile Heizanlagen produziert. Hier muss ein kompletter Austausch durch erneuerbare Heizsysteme stattfinden. Wir brauchen jetzt ein Verbot für den Verkauf und Einbau fossiler Heizungssysteme, wie Öl-, oder Gaskessel.

Die restliche Wärme wird zentral in Kraftwerken produziert und über Fernwärmenetze verteilt. 90% der Fernwärmenetze gehören Vattenfall¹¹, der in die Netze zum großen Teil fossile Energien einspeist. Der Netzbetreiber legt Konditionen fest, wie die Temperatur des Netzes. Das muss sich ändern. Es darf keine Diskriminierung von Dritteinspeisung mehr geben. Dazu gehört, dass die Vorlauftemperatur des

Fernwärmenetzes auf unter 70 Grad abgesenkt wird, damit erneuerbare Wärme eingespeist werden kann. Durch ein Erneuerbare-Wärme-Gesetz soll für Berliner Wärmenetze ein CO₂-Grenzwert festgeschrieben werden, der nach und nach sinkt. Außerdem muss es eine Erneuerbare-Energien-Quote sowie einen Einspeisevorrang für Erneuerbare geben.

Ganz Berlin braucht eine kommunale Wärmeplanung in jedem Quartier. Bedarfe sowie Wärmepotentiale müssen gesammelt werden. Rechenzentren, Supermärkte, Industrie und U-Bahnen müssen Abwärme mit Hilfe von Wärmeübertragern in das Fernwärmenetz einspeisen können. Ungenutzte Wärme muss in dezentralen Wärme- und Kältespeichern saisonal für die Wintermonate gespeichert werden.

4. Kohlekraftwerke bis spätestens 2025 abschalten - Gasausstieg bis spätestens 2030 in der Wärmeversorgung

Die klimaschädliche Nutzung von Gas- und Kohlekraftwerken für eine Wärmeversorgung muss schnellstmöglich enden. Deswegen muss Berlin bis spätestens 2025 aus der Kohle aussteigen! Berlin braucht jetzt den radikalen Umbau zu einem dezentralen, demokratischen und 100 % erneuerbaren Energiesystem. Ein fossiles Energiesystem steht dem im Weg. Deshalb dürfen keine neuen Kohle- oder Gaskraftwerke gebaut werden. Bestehende Gaskraftwerke

sind nur noch zur erneuerbaren Energiespeicherung zu nutzen. Wir brauchen Quartierslösungen. Auch wenn die Regelungen auf Bundesebene Quartierslösungen erschweren, soll Berlin Keimzellen durch öffentliche Gebäude und Betriebe starten und so schon Berliner:innen mit Energie mitversorgen. Damit sollen die Berliner Stadtwerke beauftragt und weiterhin zu einer wichtigen Akteurin der Energiewende werden.



5. Sozial gerechte und wärmietenneutrale energetische Wohnungssanierung

Um den Energiebedarf des gesamten Gebäudesektors vollständig klimaneutral zu gestalten, müssen wir diesen vor allem senken. Expert:innen sind sich einig, dass das wesentliche CO₂-Einsparungspotential in der Sanierung des vorhandenen Gebäudebestands liegt¹². 2019 lag die Sanierungsrate Berlins bei nur 0,8 %¹³. Wir fordern eine Sanierungsquote von mindestens 5 % pro Jahr, damit alle Häuser Berlins schnellstmöglich saniert werden.

Die energetische Sanierung muss dabei zu realen Einsparungen führen und darf nicht auf Kosten der Mieter:innen ausgetragen werden. Das Ziel muss eine wärmietenneutrale Sanierung sein. Denn Klimaschutz und sozial gerechtes Wohnen müssen zusammengedacht werden. Energetische Sanierungsmaßnahmen dürfen nicht länger nur auf die Mieter:innen umgelegt werden, Vermieter:innen und der Staat müssen sich in gleichen Teilen beteiligen. Bevor Mieter:innen sich an der Sanierung beteiligen müssen, sind Vermieter:innen

verpflichtet, nachzuweisen, dass alle anderen Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft wurden. Dafür muss es einen starken Ausbau staatlicher Förderprogramme geben, um für Vermieter:innen Anreize zu schaffen, in notwendige energetische Sanierungen zu investieren. Das Land Berlin soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass eine zeitlich begrenzte Mieterhöhung wegen Sanierungsmaßnahmen möglich ist. Denn es ist ungerecht, dass Mieter:innen weiter für eine energetische Sanierung zahlen, die längst abbezahlt ist. Eine zeitlich begrenzte Mieterhöhung kann nur eingeführt werden, wenn einer staatlichen Stelle eine nachvollziehbare Begründung vorgelegt wurde. Wohnberechtigungsschein-Empfänger:innen sollen finanzielle Unterstützung in Form eines Klimabonus erhalten, damit sie ihren Beitrag der energetischen Sanierung zahlen können.

2. Autofreies Berlin bis 2030

Wir fordern eine autobefreite Zone innerhalb des S-Bahn Ringes bis 2025. Bis 2030 soll diese auf die ganze Stadt ausgeweitet werden. Dies bezieht sich auf den motorisierten Individualverkehr. Fahrzeuge von öffentlichen Diensten und Lieferverkehr in geringerem Umfang sind davon ausgenommen.

Privater Autoverkehr hat keinen Platz in der Zukunft und ist mit Klimaschutz nicht vereinbar. Der öffentliche Raum muss neu aufgeteilt werden, hin zu einem menschenfreundlichen Lebensraum. Das bedeutet mehr Platz für Fußgänger:innen, Radfahrer:innen und ÖPNV. Autos auf Berliner Straßen

dürfen nicht weiter subventioniert werden. Straßen sollen bei der Planung zukünftiger Quartiere grundsätzlich als Fußgänger:innenzonen oder als Fahrradstraßen, alternativ mit verkehrsberuhigtem Zugang für motorisierte Dienstfahrzeuge, konzipiert werden. Der Autoverkehr muss ab sofort schrittweise bis 2025 einspurig werden. Wohnstraßen sollen in autofreie, in Ausnahmefällen übergangsweise in autoarme Kieze umgestaltet werden. Tempo 30 soll ab sofort in ganz Berlin eingeführt werden.

3. Flächendeckender und umlagefinanzierter öffentlicher Personennahverkehr

Bei der Realisierung der Mobilitätswende spielt der öffentliche Nahverkehr eine zentrale Rolle¹⁶. Niemand darf mehr auf ein eigenes Auto angewiesen sein, unabhängig vom Einkommen muss der ÖPNV für alle zugänglich sein. Daher fordern wir, diesen solidarisch und umlagefinanziert zu gestalten. Auch Tourist:innen sollen ticketlos den ÖPNV nutzen können, dafür allerdings in Übernachtungsmöglichkeiten eine Abgabe zahlen.

Die S- und U-Bahnlinien müssen enorm ausgebaut werden, um Außenbezirke besser anzubinden. Speziell im Westen Berlins müssen die Tramlinien ausgebaut werden.

Ebenso muss die Taktung von Bussen erhöht werden. Wir fordern hier einen 15-Minuten-Takt als Minimum für alle Buslinien außer Nachtbusse, die mit

einem 20-Minuten Takt bereits eine angemessene Mobilität ermöglichen. Der Ausbau des ÖPNVs muss einhergehen mit einer qualitativen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im ÖPNV. Nur so kann der Bedarf an Personal in der Zukunft gedeckt werden und gute nachhaltige Arbeitsplätze können entstehen.

Dies wird helfen, den gesteigerten Bedarf in der Zukunft zu decken. Da die Busse durch häufigen Stau verlangsamt werden, fordern wir die konsequente Einrichtung von vom restlichen Verkehr getrennten Busspuren, um den klimafreundlicheren Verkehr gegenüber anderen Mobilitätsarten zu privilegieren. Ab 2030 muss der ÖPNV komplett klimaneutral sein.

4. Platz für Fußverkehr

Eine nachhaltige Unfall- und Angstvermeidung sowie der Schutz von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen muss oberstes Ziel von Verkehrs- und Stadtplanung darstellen.

Deswegen müssen sofort alle 150 m sichere Überquerungsmöglichkeiten

(insbesondere Ampeln oder sog. Zebrastreifen) umgesetzt werden. Außerdem fordern wir fußgänger:innen-freundliche Ampelphasen überall in der Stadt, die es auch weniger beweglichen Menschen möglich machen, die komplette Straße zu überqueren.



5. Her mit der guten Fahrradinfrastruktur

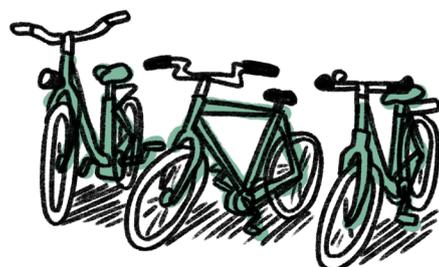
Wir fordern eine systematische Förderung des Fahrradverkehrs in ganz Berlin, speziell auch in den Außenbezirken. Dafür muss jede Straße in Berlin entweder in eine autoarme Fahrradstraße umgewidmet werden oder mindestens in beide Richtungen eine sichere, vom motorisierten Verkehr getrennte Fahrmöglichkeit für Radfahrer:innen bieten. Hierbei muss ausreichend Platz für Lastenfahrräder

sichergestellt werden. An jeder S- und U-Bahn-Station, sowie an allen Bushaltestellen müssen Fahrradverleihstationen installiert werden. Wir fordern die konsequente Umsetzung der gesetzlichen Priorisierung von Fuß- und Radinfrastruktur vor motorisiertem Individualverkehr bei allen städtischen und baulichen Entscheidungen und Planungen.

6. Parkraum dem Fahrrad statt dem Auto

An jeder S- und U-Bahn-Station sowie an allen Bushaltestellen müssen ausreichend sichere und überdachte Fahrradabstellplätze gewährleistet sein, sodass immer Kapazitäten frei sind. An Wohn- und Industriegebieten müssen Fahrradparkhäuser das sichere und unkomplizierte Parken von Fahrrädern ermöglichen. Hierzu gehören auch Flächen für Lasten- und Familienräder mit ausreichender Breite. Diese sicheren Abstellmöglichkeiten

müssen in Bebauungsplänen vorgeschrieben werden. Preise der Anwohner:innenparkausweise für klimaschädliche Verkehrsträger müssen sofort erhöht, eine Flächennutzungsgebühr für Tankstellen eingeführt werden¹⁷ und das Abschleppen von falsch parkenden Autos muss konsequent verfolgt werden.



7. Von der Luft auf die Schiene

Der Fernverkehr muss klimaneutral werden. Wir fordern den Stopp aller öffentlichen Subventionen für den Flugverkehr sowie keinen weiteren Ausbau der Kapazitäten Berliner Flughäfen. Nachtflugverbote müssen umgesetzt und der Berliner Flugverkehr um 80 % bis 2025 im Vergleich zum Jahr 2019 gesenkt werden.

Die Kapazitäten der Berliner Bahnhöfe

müssen ausgebaut werden. Berlin muss sich dafür einsetzen, dass die Taktung von Fernzugverbindungen zu anderen Städten um 50 % erhöht wird und die Nachtzugverbindungen zu großen deutschen und europäischen Städten reaktiviert werden. Bis 2025 müssen mindestens Nachtzugverbindungen zu den Hauptstädten der EU-Mitgliedsstaaten bestehen.

8. Klimaneutraler Wirtschaftsverkehr bis 2030

Als Hauptstadt und Knotenpunkt ist Berlin sehr gut an das Europäische Schienennetz angebunden. Bis 2030 müssen alle Industriegebiete Berlins ein klimaneutrales Verkehrskonzept haben und der Güterverkehr überwiegend von der Straße auf die Schiene verlagert sein. Brandenburg und Berlin müssen als gemeinsame Wirtschaftsregion eng zusammenarbeiten und klimafreundliche Lieferungen zwischen den Umschlagbahnhöfen und Bezirken fördern. Ab 2025 gilt ein stadtweites Durchfahrtsverbot für LKWs. Für den Gütertransport zu den Läden und Konsument:innen müssen Lastenfahrräder oder andere klimaneutral angetriebene Lieferfahrzeuge genutzt werden.

Außerdem braucht es eine deutliche Senkung der Anzahl an Lieferungen, unter anderem durch weitere Bündelungen und Paketstationen. Zusätzlich fordern wir eine Förderung von Lastenrädern für Hausgemeinschaften. Hiermit können Einkäufe, Umzüge und Freizeitaktivitäten erleichtert und gleichzeitig einzelne Bewohner:innen finanziell entlastet werden. Hierzu muss auch ein dichtes Netz an günstigen, flexiblen Lastenrad-Verleihstationen in allen Bezirken und insbesondere an allen Einkaufszentren, Supermärkten, Baumärkten, Wohn- und Gartenanlagen geschaffen werden. Betriebe und Gastronom:innen sollen dazu motiviert werden, Lastenräder in ihre Logistikkonzepte einzuarbeiten.

9. Die Verkehrswende braucht eine Rechtswende

Wir fordern, dass das Land Berlin sich für die Änderung der Verkehrsgesetzgebung einsetzt, um die Förderung des Umweltverbunds einfacher gestalten zu können und in allen Städten eine wirkliche Mobilitätswende zu ermöglichen. Da das aktuelle bundesweite Verkehrsrecht das Auto in den

Mittelpunkt stellt, wird die Umsetzung der Verkehrswende erschwert¹⁸. Während der Autoverkehr durch die Gesetzeslage allgemein gefördert wird, sind Geschwindigkeitsbeschränkungen, Gefahrenzeichen, Umweltschutz und auch Fahrradwege im aktuellen Rahmen für Kommunen nur mit großem Aufwand umzusetzen.

Klimaangepasstes Berlin bis 2030



1. Aufbau einer Grünen Infrastruktur

Wir fordern, die Grünflächen Berlins drastisch auszubauen. Die Grünräume dürfen aber nicht nur als Einzelflächen bzw. Inseln inmitten von Beton und Straßen betrachtet werden¹⁹. Vielmehr braucht es eine urbane, vernetzte, multifunktionale Grüne Infrastruktur. Diese Grüne Infrastruktur muss ein fester Bestandteil der Stadtplanung sein. Ein breites Netz aus natürlichen und naturnahen Flächen schützt und steigert die urbane Biodiversität²⁰, verbessert die Lebensqualität und Gesundheit²¹, stellt eine effektive Klimakrisenanpassung dar²² und stärkt den sozialen Zusammenhalt²³, wenn der Ausbau und die Pflege der Grünen Infrastruktur partizipativ gestaltet wird. Ein wesentliches Grundprinzip Grüner

Infrastruktur ist die Vernetzung von Grün- und Freiflächen. Wir fordern eine stärkere Vernetzung von Grünflächen bspw. durch Grüne Korridore und Grünzüge, um speziell Arten zu schützen, welche durch die starke Fragmentierung von Grünflächen gefährdet sind²⁴.

Ein strategisch durchgrüntes Berlin erleichtert die Erreichbarkeit von städtischem Grün und ermöglicht somit allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Grünräumen im unmittelbaren Wohnumfeld und den damit verbundenen Vorteilen wie zum Beispiel Erholungsräume, bessere Luftqualität und kühleres Klima im Sommer.

2. Klimaanpassung und Steigerung der urbanen Biodiversität durch Fassaden- und Dachbegrünung

Wir fordern die Bepflanzung von allen potenziellen Dächern und Fassaden Berlins. Das Land Berlin muss dahingehend Vorschriften und Richtlinien aufsetzen. Begrünte Dächer und Fassaden helfen dabei, den Auswirkungen der Klimakrise und den damit einhergehenden gesundheitlichen Risiken entgegenzuwirken.

Bepflanzte Gebäudehüllen können als große, positive Energiewandler im Einsatz gegen urbane Hitzeinseln, längere Trockenperioden und ausbleibende Niederschläge eingesetzt werden²⁵. Bei gesteigerter Niederschlagsintensität halten sie das Regenwasser zurück. Außerdem

stellen Dach- und Fassadengrünflächen Lebensräume für die verschiedensten Tierarten dar. Die Begrünungen müssen so geplant und umgesetzt werden, dass sie bestmöglich zur Steigerung der urbanen Biodiversität beitragen.

Wir fordern für alle Großbauprojekte, auch das Projekt TXL, für jeden neu bebauten Quadratmeter die zweifache Fläche an intensiver Fassaden- und Dachbegrünung im Bebauungsplan vorzuschreiben. Wir fordern für alle Neubauten eine Fassadenbegrünung von mindestens 50 % der Nettofassadenfläche als Vorschrift und Mindeststandard.

3. Grünflächenmaximierung durch Entsiegelung

Damit Berlin auf die Herausforderungen der Klimakrise vorbereitet ist, dürfen keine weiteren Flächen Berlins mehr versiegelt werden. Zudem muss die Hälfte der vom fahrenden und parkenden motorisierten Autoverkehr genutzten Fläche²⁶ bis 2025 entsiegelt werden. Eine Entsiegelung der Verkehrsflächen reduziert die wärmeabsorbierende Asphalt- und Betonfläche, wodurch ein natürlicher Kühleffekt wieder hergestellt werden kann. Durch die gewonnenen Grünflächen werden CO₂-Emissionen kompensiert, durch entstehende Kaltluft das Stadtklima abgekühlt, der Feinstaubbelastung entgegengewirkt und bei einer Häufung von Starkregen die Kanalisationen entlastet.

Der Bau befestigter Straßen und Wege auf bislang nicht versiegelter Fläche muss gestoppt werden. Für Radwege,

die auf asphaltierten Flächen verlaufen sollen, sind bereits asphaltierte Fahrspuren oder Parkstreifen zu nutzen. Wir fordern, dass alle Autostraßen in Berlin auf eine Spur verengt werden und der gewonnene Platz für umweltfreundliche Alternativen genutzt wird, zum Beispiel als Grünflächen für Anwohnende und Gewerbe oder Fahrradwege.

Die Anwohner:innen müssen mehr in die Planung, Umsetzung und Pflege der Grünflächen einbezogen werden. Für die Nutzung müssen Hürden abgebaut werden. Unter anderem sollten die Hausverwaltungen den Mieter:innen einen Wasseranschluss für die Bewässerung der Grünflächen bereitstellen. Außerdem müssen finanzielle Unterstützungen z.B. in Form von jährlichen Gutscheinen für Baumscheibenpartner:innen vergeben werden.

4. Nur noch nachhaltiges, ökologisches und recycelbares Bau- und Dämmungsmaterial

Was heute gebaut und umgebaut wird, muss morgen zur Klimaneutralität beitragen. Das bedeutet, dass ab sofort weitestgehend nur noch nachhaltige, ökologische und

recycelbare Baumaterialien benutzt werden dürfen und der Einsatz klimabelastender Baustoffe wie Beton drastisch reduziert werden muss.

5. Klimaneutraler Bausektor

Wir fordern, dass Neubauten dem Plusenergiehausstandard entsprechen müssen. Bebauungspläne müssen dringend dahingehend geändert werden. Der ökologische Fußabdruck der Baubranche ist riesig. Bauen und Wohnen sind in hohem Maße für den Verbrauch von Ressourcen und Energie verantwortlich. Die energetische Bewertung von Gebäuden darf nicht nur den Energieverbrauch des fertigen Gebäudes, sondern des gesamten Gebäudelebenszyklus beinhalten, inklusive des Energieverbrauchs für Rohstoffgewinnung, Produktherstellung, Errichtung, Nutzung, Instandhaltung, Modernisierung, Abriss, Rückbau,

Recycling und Entsorgung. Dafür muss das Gebäudeenergiegesetz (GEG) geändert werden. Für eine solche Änderung soll sich Berlin mit einer Bundesratsinitiative einsetzen. Gebäude sollten prinzipiell für eine Lebensdauer von mehreren Hundert Jahren konzipiert werden. Wir fordern eine generelle Bevorzugung und Förderung der Gebäudesanierung vor dem Abriss und Neubau. Die öffentliche Hand selbst soll bei ihren Neubauprojekten sowie Gebäudesanierungen nur klimapositive Materialien einsetzen. Außerdem fordern wir den Senat dazu auf, alle Neubauprojekte nur zu genehmigen, wenn sie ein klimaneutrales Gesamtkonzept vorweisen.

6. Klimaneutrales Wohnen

Ein vollständiger Ausstieg aus fossilen Energien kann nur gelingen, wenn der Flächenverbrauch und somit der Energiebedarf maßgeblich sinkt. Viele Menschen in Berlin würden gerne in eine kleinere Wohnung umziehen. Damit möglichst viele Menschen mit einem alten Mietvertrag und dessen Konditionen ohne Nachteile in eine flächenbedarfsgerechte Wohnung umziehen können, muss ein

diskriminierungsfreier Wohnungstausch möglich sein. Dafür muss es ein Konzept und Programm geben. Mit Anreizen, beispielsweise einer Umzugspauschale, Förderungen von klimaneutralen Wohnungsumzügen und einer Unterstützung bei der Wohnungsfindung, sollen möglichst viele Menschen die Möglichkeit bekommen, in eine bedarfsgerechte Wohnung umzuziehen.

Klimaschutz in allen Verwaltungsstrukturen Berlins



1. Berlin muss die Klimakrise anerkennen und dementsprechend handeln

Zwar haben die Senatsverwaltung und das Abgeordnetenhaus bereits die Klimanotlage ausgerufen, jedoch hat dies zu keinen spürbar schärferen Maßnahmen gegen die Klimakrise geführt. Das Ziel, bis 2050 die Klimaneutralität zu erreichen, ist für Berlin nicht ambitioniert genug. Wir fordern deshalb eine Verschärfung der Maßnahmen und Ziele. Das bedeutet zuerst einmal, dass bei

der Novellierung des Berliner Energiewendegesetzes die 1,5-Grad-Grenze festgeschrieben wird, wonach sich das ganze Verwaltungshandeln richtet.

Alle potenziell klimaschädlichen Maßnahmen müssen dann auf Ihre Vereinbarkeit mit den Berliner Klimazielen geprüft und notfalls gestoppt werden.

2. CO₂-neutrale Verwaltung bis 2025

Nur wenn die Stadtverwaltung zeigt, wie Klimaneutralität funktioniert, kann das auch in den anderen Bereichen in Berlin ernsthaft umgesetzt werden. Hierzu muss der Fuhrpark der Landesverwaltung und der landeseigenen Unternehmen bis 2025 komplett CO₂-frei sein und bei der Verwaltung weitestgehend auf Lastenräder und Fahrräder umgestellt werden. Öffentliche Gebäude müssen konsequent für die Installation

von Solaranlagen und Dach- bzw. Fassadenbegrünung genutzt werden, sowie bis spätestens 2025 vollständig energetisch saniert sein. Aber auch bei der Nutzung digitaler Programme kann der Klimaschutz umgesetzt werden, indem in öffentlichen Gebäuden (wie durch die Klimanotlage beschlossen) ausschließlich Ökostrom verwendet wird und umweltfreundliche Suchmaschinen als Standard-Suchmaschinen festgelegt werden.

3. CO₂-Preis für die Berliner Verwaltung

Wir fordern die Einführung eines CO₂-Preises für die Berliner Verwaltung. Jedes Amt soll die Menge der durch sein Handeln ausgestoßenen CO₂-Äquivalente berechnen und für diese einen CO₂-Preis von mindestens 180€

pro Tonne aus seinem Haushaltsbudget zahlen. Die Zahlungen sollen in lokale, klimafreundliche Ausgleichsprojekte gehen.

4. Zero-Waste-Verwaltung bis 2030

Wir fordern, dass die Berliner Verwaltung bis 2030 durch eine konsequente Umsetzung der Zero-Waste-Strategie keinen Müll mehr produziert. Die Zero-Waste-Strategie zeigt zwar schon vielfältige Möglichkeiten für die Vermeidung von Müll auf, dennoch braucht es ein konkretes Konzept und klare Regeln für

die Vermeidung von Müll in Ämtern, landeseigenen Unternehmen und anderen öffentlichen Einrichtungen. Das Land Berlin muss speziell bei den Abfallverursacher:innen in Gewerbe, Handel und Bau konsequente Überzeugungs- und Informationsarbeit betreiben, um diese Akteur:innen für Mülltrennung zu sensibilisieren.

5. Klimaschutz auch bei der Vergabe von Aufträgen umsetzen

Die Tatsache, dass mit dem neuen Vergabegesetz ökologische und soziale Kriterien nur bei den Aufträgen der Landesregierung gelten sollen, welche mehr als 10.000€ umfassen²⁷, ist für uns nicht akzeptierbar. Wir fordern, dass diese Regeln für alle Aufträge gelten

müssen. Des Weiteren müssen die jeweiligen Ziele und Anforderungen an Projektpartner:innen, Baupläne und Verträge an den Anforderungen der Pariser 1,5 Grad-Grenze ausgerichtet werden.

6. Die Klimawende kann nur gesamtgesellschaftlich umgesetzt werden

Wir fordern, dass Klimaneutralität auch in den Verwaltungsämtern sichtbar wird und dafür braucht es Personal. Die jetzigen Klimaschutzmanager:innen in den Bezirken müssen durch ein Team unterstützt werden. Es werden CO₂-Budgets auf Grundlage der 1,5-Grad-Grenze für jeden Bezirk erstellt. Das Klimagerechtigkeitsteam wird damit beauftragt, dass die Bezirke ihre CO₂-Budgets nicht überschreiten. Außerdem darf keine Entscheidung getroffen werden, die nicht mit dem Ziel der Klimaneutralität Berlins im Jahre 2030 vereinbar ist. Bevor ein Gesetz beschlossen wird, muss der Klimavorbehalt geprüft werden. Hierbei muss darauf geachtet werden, dass die beschlossenen Maßnahmen allen gesellschaftlichen Gruppen zugute kommen. Da die Folgen der Klimakrise jedoch unterschiedliche Gruppen unterschiedlich hart treffen, ist es hierbei notwendig, sensibel gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels zu sein. Um nachzuvollziehen, dass alle gesellschaftlichen Gruppen angemessen von den Klimaschutzmaßnahmen profitieren,

muss ein jährliches Monitoring stattfinden. Deshalb fordern wir, dass Mitarbeiter:innen der Verwaltung sowohl kostenlose Fortbildungen zum Thema Umwelt- und Klimagerechtigkeit, als auch zum Thema Genderbudgeting erhalten. Wir fordern die Einrichtung einer Klimabürger:innenversammlung, welche alle zwei Jahre offiziell vom Senat einberufen wird. Damit die Versammlung einen Querschnitt der Gesellschaft abbildet und die Interessen von Vielen vertritt, werden dafür aus allen Gesellschaftsgruppen Menschen ausgelost. Die Versammlung hat die Aufgabe, Möglichkeiten und Maßnahmen zu diskutieren, wie Berlin schnellstmöglich auf sozial gerechtem Weg die Klimaneutralität erreicht. Dabei werden sie durch Expert:innen mit dem nötigen Wissen unterstützt. Aus diesen Versammlungen entstehen Forderungen und Vorschläge an den Senat. Die erste Versammlung soll direkt nach der Veröffentlichung der Machbarkeitsstudie „Nettonull 2035“ der Senatsverwaltung Umwelt, Verkehr und Klimaschutz stattfinden.

7. Mehr Transparenz beim Klimaschutz

Wir fordern ein Transparenzgesetz für Berlin. Unter anderem muss es mehr Transparenz bei der Umsetzung von Klimaschutzplänen, sowie halbjährlich aktualisierte Bilanzierungen der Treibhausgasemissionen Berlins geben. Diese sind wichtig für die Arbeit von Wissenschaftler:innen, Aktivist:innen und Journalist:innen,

um Prozesse zu optimieren und mögliche CO₂-Einsparungspotentiale erkennen zu können. So können sie die Landesregierung kontrollieren und als externe Beobachter:innen strukturelle Probleme oder Möglichkeiten erkennen, welche die Klimastrategie des Landes verbessern können.

8. Sofortige Einstellung klimaschädlicher Subventionen

Wir fordern, dass die Senatsverwaltung sämtliche Subventionen für klimaschädliche Systeme und Technologien sofort einstellt. Auch wenn es in diesem Feld bereits einige Maßnahmen gab, fördert der Senat unter anderem immer

noch Gasheizungen. Im Sinne einer emissionslosen Wärmestrategie für Berlin sollte dieses Programm aber eingestellt werden. Genauso muss die Subventionierung klimaschädlicher Verkehrsträger eingestellt werden.

9. Klimafreundliche Ernährung in öffentlichen Einrichtungen

Wir fordern eine Umstellung des Angebots öffentlicher Kantinen in Schulen, Universitäten, öffentlichen Ämtern und Instituten auf ein grundsätzlich fleischfreies saisonales, regionales und ökologisches Angebot bis 2025. Um die Menschen auch im Privaten hierfür zu sensibilisieren, fordern wir mehr Aufklärungsprogramme über gesunde,

klimafreundliche Ernährung, sowie eine allgemeine Förderung von nachhaltigen, landwirtschaftlichen Projekten und Betrieben in Berlin. Wir fordern eine großflächige Installation von kostenlosen Trinkwasserspendern in öffentlichen Einrichtungen und der Stadt, um den Plastikmüll und Transportwege zu reduzieren.

3. Hoftonnen für Altglas (re-)installieren, Iglus vor den Supermärkten

Der Abzug vieler Hoftonnen für Altglas außerhalb des S-Bahnringes erschwert vielen Berliner:innen die korrekte und ressourcenschonende Müllentsorgung²⁹ und benachteiligt die Außenbezirke Berlins. Wir fordern, die abgezogenen Hoftonnen wieder zu reinstallieren. Um die bestmögliche Sammlung von Altglas zu ermöglichen, müssen in jedem Hof, der durch ausreichend Platz eine Trennung in Weiß-, Braun- und Grünglas ermöglicht, farbspezifische Altglastonnen mit Einwurflöchern installiert werden. Dementsprechend ist zu überprüfen, welche Höfe bzw. private Flächen durch ausreichend Platz dafür geeignet sind. Außerdem sind Maßnahmen zu entwickeln, wie die Altglasqualität trotz Holsystem

optimiert werden kann. Da die farbspezifische Trennung durch Platzmangel höchstwahrscheinlich nicht in jedem Hof möglich sein wird, fordern wir zusätzlich, die Anzahl der Glascontainer (Iglus) zu erhöhen. Denn die oft größere Entfernung zur Wohnung stellt für ältere und Menschen mit körperlichen Benachteiligungen eine Hürde dar. Deshalb fordern wir den Senat auf, sich vehement dafür einzusetzen, dass Iglus speziell auf den Außenflächen von oder vor großen Supermärkten installiert werden, da dies die Wege der Menschen verkürzt und damit die Recycling-Quote von Altglas steigert.

4. Umfassende Aufklärung über Mülltrennung und Recycling

Wir fordern den sofortigen Beginn von umfangreichen und langfristigen Informationskampagnen über Mülltrennung, welche die Berliner:innen direkt ansprechen. Diese Informationen sollten sich an, bzw. in

der Nähe von Wegwerfmöglichkeiten befinden, sowie auf verschiedenen Plattformen des öffentlichen Raums. Außerdem müssen sie barrierefrei und für alle verständlich gestaltet sein.

5. Sofortiger Aufbau eines Repair-Netzwerkes

Um die Verbraucher:innen zur Reparatur statt zum Neukauf zu motivieren, müssen die Reparaturbetriebe Berlins im Netz, u.a. auf einer gemeinsamen Website sowie im Straßenbild sichtbar gemacht werden. Wir fordern die Stärkung bestehender zivilgesellschaftlicher sog. Repair-Cafés, z.B. mit Subventionen für Informationskampagnen und Öffentlichkeitsarbeit. Zudem müssen Gelder in den Aufbau von sog. Repair-Cafés, Tauschläden und Werkstätten und damit in die

Stärkung der Reparatur-Strukturen der Kieze investiert werden. Bis 2030 muss es mindestens eine dieser zivilgesellschaftlichen Reparatur-Einrichtungen pro 10.000 Einwohner:innen geben. Langfristig dürfen Produkte nicht mehr gezielt eine kurze Lebensdauer besitzen, sondern müssen so beständig wie möglich produziert werden. Berlin muss sich auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass dahingehend Gesetze und Regelungen formuliert und durchgesetzt werden.

«You must unite behind the science. You must take action. You must do the impossible. Because giving up can never ever be an option»

Greta Thunberg at the US Congress, Washington DC, 17 September 2019

Die Umsetzung beginnt jetzt!

Berlin muss seiner großen Verantwortung als Großstadt im globalen Norden, gegenüber der Umwelt und den Menschen, die jetzt schon von der Klimakrise betroffen sind, gerecht werden. An dieser Stelle wollen wir uns für das Konzept des Klimapasses aussprechen und fordern, dass Berlin sich dafür einsetzt, dass Menschen, die auf Grund der Klimakrise ihr Zuhause verlassen müssen, in Europa/Deutschland Asyl bekommen. Die Deutsche Staatsangehörigkeit ist das mindeste, was wir als Wiedergutmachung für die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage tun können. Vor allem bedeutet es aber, dass Berlin bis spätestens 2030 die volle Klimaneutralität erreichen muss, damit Menschen ihr Zuhause erst gar nicht verlassen müssen.

Klimagerechtigkeit muss Maßstab jedes politischen Handelns sein. Die Art des Wirtschaftens und gesellschaftlichen Lebens muss dahingehend verändert werden, dass die Lebensgrundlagen von zukünftigen Generationen im Sinne von Grundgesetz Artikel 20a sichergestellt sind. Da unser aktuelles Wirtschaftssystem auf der Ausbeutung von Umwelt und Menschen basiert, sehen wir darin keine Zukunft und fordern deshalb einen sofortigen Systemwandel!

Gerade Berlin hat jetzt in Zeiten hoher gesellschaftlicher Akzeptanz nahezu die perfekten Voraussetzungen, eine nachhaltige, klimaneutrale Stadt zu werden. Zusammen mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen, Universitäten und Hochschulen sowie den vielfältigen Bildungseinrichtungen besitzt Berlin die nötigen Kräfte, um als Stadt unseren Beitrag zu leisten, die globale Erderhitzung unter 1,5 Grad zu halten und somit die schlimmsten Folgen der Klimakrise einzudämmen.

Wer trotz des wissenschaftlichen Konsenses und der internationalen Aufmerksamkeit, welche die Klimakrise erfährt, als Entscheidungsträger:in immer noch nichts unternimmt, macht sich schuldig am wissentlichen Zulassen einer globalen Katastrophe.

Liebe Leser:innen, hiermit fordern wir euch dazu auf, alle Möglichkeiten zu ergreifen, damit die Stadt Berlin nicht mehr zu den Verursacher:innen der Klimakrise zählt, sondern Teil der Lösung wird. Solange Berlin Teil des Problems ist und wir nicht ausreichend politischen Willen sehen, dies zu ändern, sehen wir uns gezwungen, weiter zu streiken!

Wir bedanken uns bei den Scientists For Future für die Zusammenarbeit und ihre Unterstützung bei der Erarbeitung dieser Forderungen.

Fridays for Future Berlin



Literaturverzeichnis

- [1] Hildegard Bedarff, Cord Jakobeit: Klimawandel, Migration und Vertreibung Die unterschätzte Katastrophe, Eine Studie im Auftrag von Greenpeace Deutschland, Hamburg, 2017, S.14
- [2] IPCC, 2018: Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger. In: 1,5 °C globale Erwärmung. Ein IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 °C gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgasemissionspfade im Zusammenhang mit einer Stärkung der weltweiten Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Anstrengungen zur Beseitigung von Armut. [V. Masson-Delmotte, P. Zhai, H. O. Pörtner, D. Roberts, J. Skea, P. R. Shukla, A. Pirani, W. Moufouma-Okia, C. Péan, R. Pidcock, S. Connors, J. B. R. Matthews, Y. Chen, X. Zhou, M. I. Gomis, E. Lonnoy, T. Maycock, M. Tignor, T. Waterfield (Hrsg.)]. World Meteorological Organization, Genf, Schweiz. Deutsche Übersetzung auf Basis der Version vom 14.11.2018. Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, ProClim/SCNAT, Österreichisches Umweltbundesamt, Bonn/Bern/Wien, November 20, S.8
- [3] Hildegard Bedarff, Cord Jakobeit: Klimawandel, Migration und Vertreibung Die unterschätzte Katastrophe, Eine Studie im Auftrag von Greenpeace Deutschland, Hamburg, 2017, S.14-16
- [4] IPCC, 2018: Häufig gestellte Fragen und Antworten. In: 1,5 °C globale Erwärmung. Ein IPCC-Sonderbericht über die Folgen einer globalen Erwärmung um 1,5 °C gegenüber vorindustriellem Niveau und die damit verbundenen globalen Treibhausgasemissionspfade im Zusammenhang mit einer Stärkung der weltweiten Reaktion auf die Bedrohung durch den Klimawandel, nachhaltiger Entwicklung und Anstrengungen zur Beseitigung von Armut. [V. Masson-Delmotte, P. Zhai, H. O. Pörtner, D. Roberts, J. Skea, P. R. Shukla, A. Pirani, W. Moufouma-Okia, C. Péan, R. Pidcock, S. Connors, J. B. R. Matthews, Y. Chen, X. Zhou, M. I. Gomis, E. Lonnoy, T. Maycock, M. Tignor, T. Waterfield (Hrsg.)]. World Meteorological Organization, Genf, Schweiz. Deutsche Übersetzung durch Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle, ProClim/SCNAT, Österreichisches Umweltbundesamt, Bonn/Bern/Wien, Mai 2019, S.15
- [5] Rian van Staden: Klimawandel: Was er für Städte bedeutet, Kernergebnisse aus dem Fünften Sachstandsbericht des IPCC, Englische Ausgabe: European Climate Foundation (ECF), Local Governments for Sustainability Judge Business School (CJBS) Institute for Sustainability Leadership (CISL) Universität Cambridge (Mai 2014) Deutsche Fassung: Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, klimafakten.de (Dezember 2014) S.12
- [6] Marcia Rocha, Mario Krapp, Johannes Guetschow, Louise Jeffery, Bill Hare, Michiel Schaeffer: Historical Responsibility for Climate Change – from countries emissions to contribution to temperature increase, Climate Analytics, Potsdam Institute for Climate Impact Research, November 2015, S.6
- [7] SchulG Berlin - § 1 Auftrag der Schule
- [8] Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen: Hochhausleitbild für Berlin Qualität – Kompensation – Partizipation Mehrwerte für die Allgemeinheit, Berlin, 25. Februar 2020, S.17
- [9] HTW Berlin, Prof. Dr-Ing. Jochen Twele: Empfehlungen zum Einsatz kleiner Windenergieanlagen im urbanen raum Ein Leitfaden, Januar 2013
- [10] Saskia Machel, Jana Bosse, Julia Epp, Eric Häublein, Mario Köppe, Eckpunktepapier zur nachhaltigen Wärmeversorgung Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz und Maßnahmen zur Reduktion dwes Wärmeverbrauchs, Kohleausstieg Berlin, Berlin, 2020, S.2
- [11] Saskia Machel, Jana Bosse, Julia Epp, Eric Häublein, Mario Köppe, Eckpunktepapier zur nachhaltigen Wärmeversorgung Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz und Maßnahmen zur Reduktion des Wärmeverbrauchs, Kohleausstieg Berlin, Berlin, 2020, S.4

- [12] Prof. Alexander Rudolphi: Stellungnahme zum Referentenentwurf des Gebäudeenergiegesetzes (GEG), Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen, 29. Mai 2019, S.2 https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/Stellungnahmen/Stellungnahmen-GEG/Verbaende/dgnb.pdf?__blob=publicationFile&v=6
- [13] Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Dr. Michael Efler (LINKE) vom 27. Juni 2019 zum Thema: Energetische Sanierung in Berlin - wo stehen wir? S.1 https://www.stiftung-naturschutz.de/fileadmin/user_upload/pdf/Schriftliche_Anfragen/S18-20052.pdf#
- [14] Oliver Schwedes, «Verkehrspolitik Als Gesellschaftspolitik,» in Verkehrspolitik - Eine Interdisziplinäre Einführung, ed. Oliver Schwedes (Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, 2011)., S.14-15
- [15] Agora-Verkehrswende, Mit Der Verkehrswende Die Mobilität Von Morgen Sichern - 12 Thesen Zur Verkehrswende (Berlin: 2017)., S.3
- [16] Sachverständigenrat-für-Umweltfragen, in Für Eine Entschlossenen Umweltpolitik in Deutschland Und Europa - Umweltgutachten 2020., S.354
- [17] Agora-Verkehrswende, «Klimaschutz 2030 Im Verkehr: Maßnahmen Zur Erreichung Des Sektorziels.», S.32
- [18] Sachverständigenrat für Umweltfragen, "Für eine entschlossene Umweltpolitik in Deutschland, Umweltgutachten 2020", Berlin (2020) S. 365
- [19-23] Rieke Hansen, Dennis Born, Katharina Lindschulte, Werner Rolf, Robert Bartz, Alice Schröder, Carlo W. Becker, Ingo Kowarik und Stephan Pau: Grüne Infrastruktur im urbanen Raum: Grundlagen, Planung und Umsetzung in der integrierten Stadtentwicklung, Bundesamt für Naturschutz (2018) S.39-58
- [24] Peter Werner, Rudolf Zahner: Biologische Vielfalt und Städte Eine Übersicht und Bibliographie, Bundesamt für Naturschutz, Bonn-Bad Godesberg (2009) S.30
- [25] Beuth Hochschule für Technik Berlin: Grünfassade schützt urbanes Klima, 18.06.2020, 10:43 Uhr, abgerufen am 10.9.2020 von: <https://www.beuth-hochschule.de/3326/article/6900>
- [26] Agentur für clevere Städte: Wem gehört die Stadt? Der Flächen-Gerechtigkeits-Report Mobilität und Flächengerechtigkeit Eine Vermessung Berliner Straßen, 5. August 2014, S.2
- [27] Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG), §3 Sachlicher Anwendungsbereich
- [28] Pressemitteilung vom 05.11.2019
Aus der Sitzung des Senats am 5. November 2019: Berlin wird Zero Waste City: Abfall vermeiden und die Umwelt schützen
<https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/pressemitteilungen/2019/pressemitteilung.861558.php>
- [29] Schriftliche Anfrage Des Abgeordneten Daniel Buchholz (SPD) vom 21. August 2019 zum Thema: Altglas-Sammlung in Berlin: 30.000 Hoftonnen werden abgezogen – die Verbraucher*innen und das Klima zahlen die Zeche?! und Antwort vom 03. September 2019, Antwort zu Frage 7, S.4

Layout: Li Cheng und Pia Haase

Illustrationen: Lelóu Sprachta

